

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Hessischen Universitäts- und Landesbibliothek, K. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7. Expedition und Verlag: 51. Redaktion: 112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

Die Revision der Ordensgesetzgebung in Hessen.

Die neuen Beschlüsse des Ausschusses.

zu Darmstadt, 14. Juni. Zu dem Gesetzentwurf, betr. die Revision der Ordensgesetzgebung hat der Ausschuss des Gesetzgebungsausschusses, Abg. Reb., einen neuen Ausschussbericht erscheinen lassen, in welchem über die neuerlichen Beratungen des Ausschusses betreffs der bei der Plenarberatung gestellten Änderungsanträge ausführlich berichtet wird. Der Ausschuss hat, wie schon kurz mitgeteilt, die Änderungsanträge Korell-Ingelheim in Gegenwart der Regierung beraten und sie größtenteils abgelehnt. Zu Art. 1, Abs. 1, der die Abänderungen für den Unterrichtsorden enthält, hatte Abg. Korell beantragt, an Stelle der Worte „als es das Bedürfnis der demalsten vorhandenen Anstalten erfordert“, zu setzen „bis zu der Höhe des Bestandes am 1. April 1914“. Weiter sollten die betr. Anstalten mindestens das gleiche Schulgeld erheben wie die dazugehörigen höheren Schulen des Staates oder der Gemeinde, und die aus früherer Zeit herrührenden Privatmädchenschulen in Alzen, Wertenau und Reulstadt i. D. vom 1. April 1915 ab neue Schülerinnen nicht mehr aufnehmen. Diese Anträge hat der Ausschuss mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt, dagegen einen Antrag Dr. Stephan angenommen, worin bestimmt wird, daß den drei letztgenannten Schulen gestattet ist, „in ihre demalsten vorhandenen Anstalten neue Mitglieder aufzunehmen, wenn das Bedürfnis hierzu nachgewiesen ist“. Wie der Referent mitteilt, hat in den fünf Instituten der Englischen Frauen in Darmstadt, Bensheim, Bingen, Mainz und Worms seit 1874 nur eine ganz unbedeutende Zunahme von Lehrschwestern stattgefunden: ihre Zahl ist von 41 auf 50 gestiegen und zwar in Darmstadt und Bingen von 4 auf 8, in Worms von 5 auf 7, während sie in Mainz, wo noch 27 Diensthilfswestnen beschäftigt sind, von 19 auf 18 zurückging. Zu Art. 1, Abs. 2, betr. die Krankenpflegeorden, hatte Abg. Korell ebenfalls verschiedene Änderungsanträge gestellt, die vom Ausschuss abgelehnt wurden, während er zwei Anträge Dr. Stephan hierzu annahm. Der Ausschuss ändert darnach den Art. 1 Abs. 2 dahin, daß die Pflege und „in den dazu geeigneten Fällen auch die Leitung in Waisenanstalten, Armen- und Irrenanstalten, Rettungsanstalten, Heimen“ usw. vom Ministerium als Nebenamt gestattet werden kann. Weiter beschloß der Ausschuss folgenden Zusatz:

„Den männlichen religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen, welche sich ausschließlich der Krankenpflege widmen, kann von dem Ministerium des Innern die Leitung von Heimen und Hospizen für Arbeiter, Gesellen oder Lehrlinge gestattet werden.“

Zu Art. 1, Abs. 3, der sich mit den Seelsorgeorden beschäftigt, hat der Ausschuss die vom Abg. Korell-Ingelheim gestellten Anträge, wonach die Genehmigung durch das Ministerium „mit Zustimmung der Landstände“ erfolgen sollte, abgelehnt, dagegen die Anträge Dr. Stephan, wonach die Errichtung neuer Niederlassungen einen „zweiten“ (anstatt anderen) Orden „in Bensheim und Offenbach“ bzw. „in Mainz, Bensheim und Offenbach“ gestattet sein soll, angenommen. Endlich wurde der Antrag Korell zur Streichung des Abs. 4 einstimmig angenommen. Der Ausschussberichterstatter bemerkt zu diesen Abänderungen: Die in Abs. 3 vorgeschlagenen Abänderungen haben in protestantischen Kreisen ganz besondere Beachtung hervorgerufen. Man ist dort der Auffassung, daß nimmere Hessen mit neuen Ordensniederlassungen überhäuft würde; daß schließlich auch der Jesuitenorden oder ihm verwandte Orden einmal zugelassen werden könnten und befürchten hieraus eine nicht zu unterschätzende Gefahr für den religiösen Frieden. Der Ausschuss und die Regierung halten diese Befürchtungen für nicht gerechtfertigt. Die Regierung insbesondere betont, daß sie berufen und auch stets beabsichtigt gewesen sei, den religiösen Frieden zu erhalten und daß dies auch vornehmlich der Zweck dieser Vorlage sei; sie werde selbstredend an den gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung und Niederlassungsvermehrung und ganz besonders für die Zulassung eines zweiten seelsorgerischen Ordens festhalten und deren Erfüllung streng überwachen, dem Artikel 4 des Gesetzes, welcher die Staatsaufsicht über alle diese Niederlassungen begründet, bleibe ja nach wie vor geltendes Recht; diese Staatsaufsicht bilde auch eine nicht zu unterschätzende Schutzwehr gegen alle Uebergriffe und Verwüchse, die eine Kränkung des konfessionellen Friedens herbeiführen könnten.

Der Ausschuss billigt diesen Standpunkt durchaus und es wurde insbesondere hinsichtlich des Jesuitenordens und ihm verwandter Orden als überauswichtigen Ansicht der Regierung und des Ausschusses folgendes festgestellt:

„Als Orden, die sich ausschließlich der Ausübung in der Seelsorge widmen, kommen die Orden der Kapuziner, Dominikaner, Franziskaner, Benediktiner und Oblaten in Betracht. Ausschlossen sind der Jesuitenorden und die ihm nach dem Reichsgesetz, betr. den Orden der Gesellschaft Jesu, vom 4. Juli 1872 und Bundesratsbeschluss vom 20. Mai 1873 verwandten Orden. Infolgedessen dieses Reichsgesetzes besteht, sind der Jesuiten- und ihm verwandte Orden schon für das Reichsgebiet, also auch für Hessen ausgeschlossen. Würde aber das Reichsgesetz aufgehoben werden, dann tritt für Hessen Art. 1 des Gesetzes vom 23. April 1875, die religiösen Orden betreffend, in Kraft, wonach neue Niederlassungen verboten sind. Wollte also die Regierung den Jesuiten- oder einem ihm verwandten Orden zulassen, so könnte dies nach der heutigen Rechtslage nur im Wege der Gesetzgebung möglich sein. — Um alle Zweifel bei einer Auslegung der Bestimmungen in Abs. 3 auszuschließen, wird vorstehende Feststellung in diesem Bericht niedergelegt.“

Der Ausschussberichterstatter bemerkt hierzu, daß der Jesuitenorden schon deshalb nicht in Betracht kommen könnte, weil der Entwurf nur von solchen Orden redet, die sich ausschließlich der Krankenpflege oder ausschließlich der Ausübung in der Seelsorge widmen, und der Jesuitenorden als Orden mit verschiedenen Aufgaben, insbesondere auch als Lehrorden, zu diesen Orden nicht gehört. Zudem kann nach dem Entwurf nur ein weiterer Orden zugelassen werden, mit dessen Zulassung die Zulassung jedes weiteren Ordens ausgeschlossen ist.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 13. Juni.

An der Spitze der heutigen Tagesordnung stand der Gesetzentwurf des Ministeriums, in dem der Landtag um die Zustimmung zur Vertagung vom 16. Juni bis zum 10. November ersucht wird. Eine Anzahl Ausschüsse werden ermächtigt, ihre Arbeiten während der Vertagung fortzusetzen. Der Antrag wird angenommen. Dann wurde die Genehmigung erteilt zur strafrechtlichen Befreiung des Abg. Hammer wegen Verleumdung. Herr Hammer selbst den Wunsch geäußert, daß das Verfahren statim die Sozialdemokraten hatten besonders dagegen aufgebracht, da sie glaubten, es solle ein Präzedenzfall geschaffen werden für den gleich darauf zur Erörterung kommenden sozialdemokratischen, von den Fortschrittlichen unterstützten Antrag, daß ein vor dem Ehrengerichtshof der Rechtsanwaltschaft zu Leipzig gegen den Abg. Dr. Viehöver schwebendes Disziplinarverfahren für die Dauer der gegenwärtigen Session eingestellt wird. Der Abg. Schiffer-Magdeburg (Nat.) erklärte, daß seine Partei einer Uebersetzung des Antrages an den Geschäftsordnungsausschuss zustimmen werde, aber unter der

Voraussetzung, daß der Geschäftsordnungsausschuss sofort zusammentritt. In diesem Sinne beschloß das Haus nach längerer Aussprache trotz des Widerstrebens der Fortschrittler und Sozialdemokraten, die sofortige Vertagung der Genehmigung forderten.

Dann ging es weiter in der Beratung des Fideikommissgesetzes. Die gestrige Verhandlung schien das Interesse des Hauses ziemlich erschöpft zu haben, denn es waren nur wenige Abgeordnete, die die Rührerschaft bildeten.

Nach Annahme eines Schlußantrages ersucht der Abg. von Heydebrand um Zurückziehung des Zentrumsantrags, der die Berücksichtigung des bayerischen Gesetzes in dem Fideikommissgesetz verlangt. Der Antrag wird daraufhin zwar zurückgezogen, der Abg. Dersch (Zentr.) läßt aber keinen Zweifel darüber, daß das Zentrum dem Gesetz nicht zustimmen würde, wenn die von ihm gewünschten Bestimmungen nicht eingetragt würden. Die Vorlage wurde dann einem Ausschuss von 28 Mitgliedern überwiesen. Der Präsident beraumt hierauf die nächste Sitzung auf Dienstag an, lediglich damit der Fall Viehöver noch erledigt werden kann. Das Haus war damit einverstanden, wenn es aber geäußert hat, sich durch dieses Entgegenkommen den Dank der „Genossen“ zu verdienen, so sah es sich dazu alsbald gezwungen. Denn Herr Wolf-Doffmann beantragte, am Montag und Dienstag noch die Wahlrechtsfrage zu erörtern, andernfalls mache man sich einer Provisation des Hauses schuldig. Es wurde ihm entschieden erwidert; auch der fortschrittliche Abg. Pippmann-Stettin riefte deutlich ab von Herrn Hoffmann und wollte mit dem sozialdemokratischen Antrag nichts gemein haben.

Am Dienstag wird sich der Landtag, wie bereits erwähnt, auf den Spätherbst vertagen.

Politische Tageschau.

Ueber die Ansichten einer neuen Einkommensteuernovelle in Preußen gehen Nachrichten durch die Presse, die, wie man uns an zuständiger Stelle mitteilt, geeignet sind, Mißdeutungen entstehen zu lassen. Wie schon Finanzminister Dr. Lenke im Landtag wiederholt erklärt hat, läßt es sich nicht übersehen, wann eine neue Steuernovelle vorgelegt werden kann, es ist aber nicht die Absicht der Regierung, eine Novelle überhaupt nicht mehr vorzulegen. Der Gedanke, eine Neuordnung der Einkommensteuer vorzunehmen, ist nicht begraben. Die provisorische Neuordnung durch den Landtag ist viel zu sehr Berlegenheitsarbeit gewesen, als daß dieser Zustand auf ewige Zeiten beibehalten werden könnte. Die jetzige Art der Erhebung von Steuerzuschlägen und die Art der Staffelung lassen eine Neuordnung der Steuer als erwünscht erscheinen. Diese Neuordnung wird kommen, sowie sich übersehen läßt, wie die Beibrückung der Einkommensteuer auf die preussischen Steuern in der Zukunft wirken wird und wie starke Verluste die Neuordnung der Reichsfinanzgesetze Preußen auferlegen wird. Bei einer Neuordnung der Einkommensteuer in Preußen müssen allerdings die jetzigen Erträge garantiert bleiben und etwaige Ausfälle aus der Zuwachsteuer usw., der Rückgang der Gebührenerlöse müssen ausgeglichen werden. Die Finanzverwaltung legt keinen Wert auf die Erhebung von Steuerzuschlägen, sie legt aber den größten Wert darauf, daß ihr die 60 Millionen, die die Steuerzuschläge überhaupt einbringen, wenn eine neue Staffelung der Einkommensteuer, die nebenebei auch bestehende Härten ausgleicht, so herbeigeführt wird, daß die jetzigen Erträge garantiert werden. Die kommende Novelle wird eine neue Staffelung ohne Zuschläge vorschlagen, die den Zweck verfolgt, bei Einführung tieferer Stufen unter Wegfall aller Zuschläge die alten Erträge zu garantieren. Ob mit dieser Absicht der Landtag einverstanden sein wird, ist eine andere Frage.

Ein konservatives Wählblatt.

Wir lesen in der freikonservativen „Post“: Die Konservativen hatten ein Organ, das im Sinne ihrer Weltanschauung die Dinge sah und behandelte, bislang noch nicht. Nun tritt ein Unternehmen auf den Plan, das vielversprechend beginnt: „Der wahre Wähler“, hinter dem der neu gegründete Verlag „Wiß und Würde“ in Berlin steht. In einer programmatischen Ansprache an die Leser heißt es:

Im ganzen Deutschen Reich, in der weiten germanischen Welt gab es kein Blatt, das den freien Spottvögeln mit gleicher Kühnheit wehrte. Wir beschämten uns auf den grimmigen Ernst, und wir bedachten nicht, daß Väterlichkeit viel schneller töret; wenn uns das z. B. nicht haben lehrt, dann sind wir unheilbar. Wir haben gelernt, liebe Reichsgemeinde, und so haben wir es denn geschaffen, das einzige deutsche Wählblatt, den „Wahren Wähler“. Der Wähler der Renaissance, wie er sich nachvollt erhebt, die hergebrachte Zerstörung mit der Wehrmannsmütze tauscht, die Augen blinzelt, die Brust gekrakelt, mit der Eidensteine zum vernichtenden Schlage aufstößt. Wir lassen unsere Ideale: den alten Gott, den angekommenen Herrscher, das ganze große Vaterland, unser edles Volkstum nicht mehr lächerlich machen. „Sanktissimus“, „M“, „Böhrer Jakob“, ja neuerdings sogar eine ständige Montagsliteratur des „Bismarck“ werten darin miteinander, und wir werden sie zu treffen wissen: den geistlichen Feind, den letzten Wählblatt, den gemeinen Potentaten, den sein eigenes Nest bedimmenden Spottvogel. Der Burzur der Majestät, des Königs Hof, des Brückers Zalar, des Richters Rabe — seine Beschwörung mehr soll uns diese wüthigen Ermordungen ungerührt in den Staub ziehen, und die Herren der Meute, der Snob und der Rob, in ihren gelungenden Exemplaren schon an sich tolle Karikaturen, welche prächtigen Vorwurf geben sie doch ab für das deutsche Wählblatt, das wir mit beiner Hilfe, liebe Reichsgemeinde, schaffen!

Es wird auf die Ausführung dieses Programmes ankommen, ob man das neue Blatt ernst nehmen oder vielmehr witzig nehmen kann.

Aus Hessen.

Der fortschrittliche Abg. Heinrich mandatswunde.

Die neueste Nummer der „Hessischen liberalen Wochenschrift“ veröffentlicht vom Abgeordneten Heinrich folgendes Schreiben:

In der „Hess. Landeszeit.“ befaßt sich eine Zuschrift aus „Bürgerkreisen“ mit meiner Person im Zusammenhang mit meiner Mandatswundtheit. Der Inhalt des Artikels, mich in Wegensatz zur hessischen Fortschrittlichen Volkspartei zu bringen, um letztere bei der Wählerwahl in ein falsches Licht zu setzen, ist zu durchsichtig, als daß ich mich durch die verhältnismäßig wohlwollende Behandlung meiner parlamentarischen Tätigkeit täuschen lassen könnte. Dem politischen Gegner wird man ja — mit einem Senfer der Erleichterung — gerne gerecht in dem Augenblick, in dem er von der Bühne verschwindet. Wenn

es auch richtig ist, daß ich den dringenden Wunsch habe, von der Wiederankunft für den Landtag verabschiedet zu werden — ich bin überzeugt, meine Parteifreunde werden sich meinen Gründen nicht verschließen, wenn ich sie ihnen mitteile — so muß ich doch ganz bestimmt der Begründung widersprechen, die in der Zuschrift an die „Hess. Landeszeit.“ angedeutet wird. So entschieden falsch die imangeführt wiederholte Behauptung anderer Gegner von rechts ist, die heilige Fortschrittliche Volkspartei sei — im Gegensatz zur Fortschrittlichen Volkspartei im Reich — eine besonders radikal getrimmte Art oder doch in den Händen „radikaler Führer“, sie begünstige mit Vorliebe die Sozialdemokratie, so bin ich auch die Kernaussage, ich befände mich im Gegensatz zur Politik der Partei. Als Mitglied des Landespartei-Vorstandes trage ich in vollem Umfang die Verantwortung für die Maßnahmen der Parteileitung und ich würde mich nicht zu erinnern, daß ich in meiner langjährigen politischen Tätigkeit auch nur ein einziges Mal in Konflikt mit meinem Staatsdienereid gekommen wäre, auf den in der Zuschrift hingewiesen wird. Wenn ich auch, wie es mein Wunsch ist, aus der parlamentarischen Tätigkeit ausscheide (die — nebenebei bemerkt — niemals demjenigen zur Vertretung gereichen kann, der seinen „Ehregeiz“ in der praktischen Arbeit sucht), so brauche ich wohl nicht besonders zu versichern, daß ich der Fortschrittlichen Volkspartei in alter Treue verbunden bleibe, und sie in dem immer schwieriger werdenden Kampfe um ihre Ideale und um ihre Erben auch weiterhin nach Kräften unterstützen werde, aus der Ueberzeugung heraus, daß die geistliche Entwicklung unseres Vaterlandes nur durch eine entschiedenen liberale und soziale Politik gewährleistet werden kann.

Mitgliederversammlung der Hess. Handwerkskammer.

zu Darmstadt, 13. Juni.

Die Hessische Handwerkskammer hielt heute vormittag im Sitzungssaal der Stadtverordneten ihre 19. Mitglieder-Versammlung ab. Gewerberat Fall-Mainz als Vorsitzender begrüßte die zahlreich erschienenen Vertreter und von der Regierung die Herren Ministerialrat Schliephake und Oberregierungsrat Gräß; er gedachte sodann mit höchst anerkennenden Worten des verstorbenen ersten Sektionsdirektors Engelbach, den die Versammlung durch Erheben von den Sihen ehrte.

Ministerialrat Schliephake übermittelte die Grüße der Regierung und die besten Wünsche für die Entwicklung des Handwerks und der Handwerkskammer. Wodann erbatete der stellvertretende Sekretär Schüttler einen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und die Tätigkeit bei den Ausschüssen für Gewerberecht und Unterrichtsangelegenheiten des deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages. Die zur Regelung des gewerblichen Lehrlingswesens beschlossenen Neuerungen hätten sich gut angefügt, und auch die Beiträge für die Gewerbe-Aufsichtsbeamten hätten sich gut bewährt. Der Redner beehrte die zur Fürsorge für die heranwachsende Jugend getroffenen Maßnahmen, die Vermittlung von Lehrstellen und die Verhältnisse im Gesellen- und Meisterlehrlingswesen, sowie die Revisionstätigkeit der Bauvertrugen, den Stand des Innungswesens usw. Das Vorstandsmittglied Sames gab einen kurzen Rechenschaftsbericht über das Etatsjahr 1913, sowie den Voranschlag für 1914, die beide ohne Erörterung nach den schon bekannten Vorschlägen genehmigt werden. Im Anschluß daran erfolgte die Wahl des neuen Sekretärs. Einmütig wurde der bisherige Stellvertretende Sekretär, Herr Schüttler, gewählt und mit ihm ein sechsmonatlicher Dienstvertrag vereinbart. Vorstandsmittglied Lauth beehrte alsdann, daß sich im abgelaufenen Jahre zehn neue Innungen gebildet haben und verschiedene neue Gesellenvereine gegründet worden sind. Als besonderer Handwerkskongress mit einer vierjährigen Lehrzeit soll die Chemigraphie anerkannt werden und ebenso sollen die Eisenhütten- und Bründendruckerei, sowie die Sekkellerei als besondere Handwerkszweige mit einer dreijährigen Lehrzeit festgelegt werden. Weiter berichtete das Vorstandsmittglied Sames über die 1913 vorgelegten Initiativanträge, betr. die reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens. Der vom Reichstag dafür eingeleitete Ausschuss hat darüber einen Bericht erstattet, der in der Vorlage eines umfassenden Gesetzentwurfes gipfelt. Der Redner betonte dabei, daß bei Submissionen das ortsindeigste Handwerk mehr berücksichtigt werden müsse und die Schutzkonkurrenz keine Anträge von den Behörden mehr erhalten dürfe. Zum Schluß beehrte der Redner noch Fragen der Handwerker-Arbeitgeber und -Arbeitnehmer.

In der Aussprache hierüber wies Mitglied Schöndahl-Mainz auf mancherlei Verhältnisse in Mainz hin; man habe sich dort schon seit zwei Jahren vergeblich bemüht, bestimmte Sätze für Vergütung des Stundenlohnes festzusetzen. Man sollte mit der Erfüllung berechtigter Wünsche nicht so lange warten, bis gleich ein Lohnausfall von 50 und mehr Prozent eintreten müsse. Mitglied Sames betonte die Unklarheit vieler Handwerker, einer Organisation anzugehören, die in der Tat nicht zu finden sei, daß diese Organisationen von den Behörden oft nicht genügend respektiert würden. Ein Mitglied aus Buchschloß befragte die schädliche Konkurrenz für das Handwerk durch die Jellenstrafanstalt Buchschloß. Vorstandsmittglied Sames-Darmstadt reichte für eine möglichst strenge Organisation und angemessene Preisberechnungen bei den Submissionen ein. Bankrat Wagner gibt Erläuterungen zu verschiedenen, von den Redneren berührten Fragen. — An Stelle des Vorstandsmittglieds Klingenschnitt abt Sames-Darmstadt noch einen längeren Bericht über die Tätigkeit der Submissionsstelle der Handwerkskammer, die ein neues Glied in dem Betreiben der Kammer zur Befreiung der Wählenden im Submissionswesen bedeute. Ein Mitglied teilte im Anschluß daran mit, daß die Militärverwaltung in Mainz für Schrankearbeiten einem Weiker nur 31 Mk. zubilligte, während die Militärverwaltung in Breslau für dieselbe Arbeit 47 Mk. bezahlte. Mitglied Schöndahl-Mainz erklärte, es sollte bei größeren Vergütungen stets ein Probestück hergestellt werden, dann würden auch die Anschläge von vornherein richtiger gemacht werden können.

Sekretär Schüttler berichtete darauf über die Tätigkeit der Entstehungsstelle. Sie habe sich auch in verflohenem Jahre ähnlich weiter entwickelt. Diese Stellen vertreten sich im ganzen Reich immer mehr und tragen viel dazu bei, dem Handwerker kein mohlverdientes Geld zu retten. Zum Schluß berichtete Sekretär Schüttler noch über die Ausschreibungen in den Städten Darmstadt, Gießen und Dresden und empfahl möglichst zahlreich den Besuch der Darmstädter und Gießener Ausstellung vom Vorstand der Kammer noch nähere Mitteilung an die Mitglieder der Kammer. — Damit war die Tagesordnung erledigt.

Aus Stadt und Land.

Gießen, 15. Juni 1914.

Der Kleinkinderpielplatz.

In den beiden letzten Jahreszahlen sind für die heranwachsende Jugend recht viele gesundheitsfördernde Maßnahmen geschaffen worden, die ihre segensreichen Einwirkungen schon deutlich erkennen lassen. So z. B. die Verbesserung der Ernährungswirtschaft der Säuglinge, Einrichtung von Krippen, Säuglingsheimen und Mütterberatungsstellen. In das schulische Alter greift die

Schulgesundheitspflege in verschiedener Richtung (Schulärzte, Körperpflege) mit zunehmendem Erfolge ein.

Der zwischen dem Säuglings- und dem beginnenden Schulalter liegenden Entwicklungszeit des Kindes — vom 2.—6. Jahre — hat sich aber die öffentliche und private Fürsorge bislang noch wenig zugewandelt. Nur die ärztlichen Kinderärzte haben sich dieser Jugendlichen angenommen; aber sie legen den Schwerpunkt ihrer Wirksamkeit vorwiegend auf die Seite der Beschäftigung, Unterhaltung und Belehrung.

Der Mangel an ausreichenden Spielplätzen für die Kleinen und Kleinsten ist allerdings sehr fühlbar. Die gesundheitliche Seite des kleinen Kindes, das im Spielalter sich befindet, darf vor allem nicht übersehen werden, — ein Stüchlein „Paterland“ für das vorläufigste Alter, das ist die Aufgabe des Spielplatzes. Es handelt sich hier nicht etwa um eine Sache bloßer Menschlichkeit und Menschenehrlichkeit; vielmehr haben wir es hier mit einer Aufgabe der staatsbürgerlichen Erziehung zu tun; nur gesunde Jugend vermag später gesunde Arbeit zu leisten.

Die Spielplatzangelegenheit fördert nicht die wahre Natur des Kindes sich in ausgiebiger Weise entwickeln lassen. Wir fördern im allgemeinen die Erziehung des Kindes durch eine vernünftige Anleitung auf dem Spielplatz, überdies wie festlich; denn die Krone aller Erziehung ist Selbsterziehung. Welche enormen Schätze der Intelligenz, der Erfindungsgabe, der Willenskraft, der Beobachtungsgabe, der Aufmerksamkeit verborgen liegen, das glaubt man nicht! Die Förderung des Spielplatzes ist zudem ein verhältnismäßig billiges Verfahren. Fast die Kleinen ihre körperlichen Bewegungen im Schutze des Spielplatzes auszuführen, damit für ihre Spiel nicht als etwas betrachten, das sie sich erstehen müssen, — auf Straßen und Gassen, in Höfen und Gärten.

Geordnete Spielplätze sollten sich in erster Reihe auf dem Terrain der Wohnhäuser finden. Die Hauseigentümer sollten berücksichtigt sein, den genügenden Platz je nach der Größe des Grundstücks zum Spielen zur Verfügung zu stellen. Gartenstädte, Bauvereine und ähnliche Gesellschaften sollten sich der Sache annehmen. Die Stadtverwaltungen vor allem müssen die Angelegenheit in Parks und Anlagen sowie auf ungebauten Grundstücken fördern, wo sich die Kinder gern aufhalten. Wenn irgendwo ungebaut, im übrigen aber bebaut und geschätzt gelegene kleine Plätze zur Verfügung stehen, wird hier selbst ein kleiner, aber gut eingerichteter Sandspielplatz den Kindern als Spiel- und Versammlungsort erscheinen. Ueber die Vorzüge des Sandspiels siehe noch mein Buch „Das Spielen der Kinder im Sande“, Verlag v. F. Koehler-Weinmann 1909.

Kein Stadtteil, am allerwenigsten die besonders dichtbesiedelten Vorstadtviertel, darf bei der Errichtung von städtischen oder privat-organisierten Spielplätzen vernachlässigt werden, und es müssen auch nach Möglichkeit frühere Sünden auf diesem Gebiete gut gemacht werden. Die größten Spielplätze müssen der Ordnung wegen umzäunt sein und das ganze Jahr hindurch zu bestimmten Tageszeiten geöffnet und geschlossen werden. Wenn der Spielplatz auf freiem Terrain angelegt ist, ist er tiefer zu legen und mit einer unempfindlichen Umzäunung aus Eisen-, Stacheldraht- oder Taupfahnen zu versehen, die schnell emporenwachsen, zu umgeben. Zum Tummeln müssen ausreichende Rasenflächen vorhanden sein, deren Gras durch Säen, Begießen und Rollen möglichst sorgfältig zu pflegen ist, ferner Bänke, Tische, Wasserfontänen im Sommer und zu Weihnachten und Schlittschuhlaufen im Winter, ein oder mehrere große Bassins mit Sand und eine genügende Anzahl von einfachen Spielapparaten. Welche Apparate man anwenden will, ist natürlich zum Teil geschmackssache. Kinder müssen etwas zum „Greifen“ haben, etwas, woran sie ihre Glieder zerproben und womit sie ihrem kleinen Körper Massage geben können.

Der Ehrenbürger unserer Stadt, Gnauth, feierte gestern seinen 60. Geburtstag. Herr Oberbürgermeister Keller übermittelte ihm aus diesem Anlaß telegraphisch die Glückwünsche der Stadt.

Wildeutscher Verband. Nächsten Freitag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet die hiesige Ortsgruppe in Steins Garten einen öffentlichen Vortragabend, in dem Dr. Hoving über die „russische Frage“ sprechen wird. Dr. Hoving war längere Zeit in Finnland als Arzt tätig, kennt also die Verhältnisse aus eigener Erfahrung; er mußte schließlich den Schwierigkeiten weichen, die ihm als Germanen — Dr. Hoving ist Schwede — von der russischen Regierung bereitet wurden.

Abonnement-Konzerte. Das 2. Monnachts-Konzert unserer Regimentskapelle am Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Steins Garten verpflückt wieder einen außergewöhnlichen musikalischen Genuß, in dem Obermusikmeister Löber ein sehr schön gewähltes Programm aufgestellt hat.

Aufhebung der Schonzeit für Amseln und Stare. Das hiesige Ministerium des Innern hat mit Rücksicht darauf, daß sich die Amseln und Stare außerordentlich stark vermehrt und teilweise ihre Lebensweise in einer für die Landwirtschaft und den Gartenbau ungünstigen Weise geändert haben und an Trauben, Obst und Gartenpflanzen empfindlichen Schaden anrichten, sowie Restbrut nützlicher Vogelarten zerstören, in dessen die Schonzeit für diese Vogelarten vom 1. Juli 1914 ab auf die Dauer eines Jahres aufgehoben.

Benutzung der Fernsprechanstalten durch Dritte. Teilnehmer, die für ihren Fernsprechanruf die Aufgebühren zahlen, dürfen von Dritten für die Benutzung des Anschlusses zu Gesprächen im Orts- und Nachbarorts- bzw. Korortsverkehr keine Gebühre (auch nicht etwa in der Form einer Entschädigung für die Hergabe des Raumes oder in anderer Form) erheben. Nur diejenigen Teilnehmer, welche die Grundgebühr und Gesprächsgebühren entrichten, dürfen sich von Dritten die ihren Anschluß benutzen, die Gesprächsgebühren mit je 5 Pfg. erstatten lassen.

Schlafwagen dritter Klasse und Schlafwagenzüge. Gegenüber einer dieser Tage verbreiteten Meldung über die Einstellung von Schlafwagen 3. Klasse und Schlafwagenzügen wird mitgeteilt, daß bisher von der preussischen Eisenbahnverwaltung eine Entscheidung nicht getroffen worden ist. Der Eisenbahnminister hat lediglich in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärt, daß für den Fall, daß ganze Schlafwagenzüge gefahren werden würden, er auch mit der Eventualität der Einstellung von Schlafwagen 3. Klasse rechne.

Verleihung von Schießauszeichnungen an die Maschinengewehrtruppen. Nachdem den Jägerbataillonen am 1. Oktober 1913 Maschinengewehrkompanien zugeteilt sind, treten diese mit den Maschinengewehrtruppen um das Kaiserzeichen, den Kaiserpreis und das bleibende Erinnerungszeichen in Wettbewerb. Die Verleihung erfolgt künftig auch für diese Maschinengewehrkompanien und Abteilungen gemeinsam alle zwei Jahre. Derselben Auszeichnungen sollen auch die den Infanterie-Regimentern zugeteilten Maschinengewehrkompanien und Festungsmaschinengewehrtruppen mit der Maßgabe erhalten, daß die Verteilung alle drei Jahre an eine Maschinengewehrkompanie oder Festungs-Maschinen-Gewehr-Abteilung eines jeden Armeekorps erfolgt und das Zeichen nur ein Jahr zu tragen ist. Hierzu wird bemerkt: Bei der Auswahl kommt diejenige Maschinengewehrkompanie, Maschinengewehrtruppe oder Festungs-Maschinengewehr-Abteilung in Betracht, die nach mehrjähriger Beobachtung als die beste im Schießen (Sauptächlich dem geschäftsmäßigen) erkannt und nach ihren Leistungen in den übrigen

Dienstzweigen unter Berücksichtigung der persönlichen Wirksamkeit und Verdienste des Kompaniechefs (Abteilungsleiters) der Auszeichnungen würdig ist.

Futter- und Getreideabfuhr. Am 1. Juli d. J. findet im Deutschen Reich das erste Mal eine statistische Aufnahme der Vorräte an Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllereien statt. Für die Aufnahme kommen sämtliche gewerbliche, Handels- und Verkehrsbetriebe und die landwirtschaftlichen Betriebe mit fünf und mehr Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche in Betracht. Hierzu ist auch Pachtland zu rechnen. Die Angaben dürfen bestimmungsgemäß nur für Zwecke der amtlichen Statistik verwendet werden. Die Betriebsinhaber füllen die Vorkarten aus und übergeben sie in einem verschlossenen, mitgezeichneten Briefumschlag der Ortspostbehörde, die ihn unversehrt dem statistischen Landesamt in Berlin einreicht. Dieses Verfahren schießt jeden bei derartigen Zählungen bisher noch langwierigen Verdacht, die Angaben würden von den Ortsbehörden zu neuerlichen Zwecken benutzt, aus.

Landkreis Sieben.

Heuchelheim, 12. Juni. Schon beinahe ein Jahr ist es her, daß die Preise für Schlachtvieh ganz bedeutend herabgegangen sind, aber die hiesigen Metzger sind immer noch nicht gewillt, ihre Verkaufspreise der heutigen Marktlage anzupassen. Obwohl in dem nahgelegenen Sieben sowie in der ganzen Umgebung die Verkaufspreise für Fleisch- und Wurstwaren schon lange herabgesetzt worden sind, zahlt man in unserem Orte noch die alten, teilweise um 10 und 20 Pfennig höheren Preise, das ist die billige Lebensweise auf dem Lande.

Kreis Lauterbach.

Lauterbach, 10. Juni. Unter dem Vorsitz des Geheimen Oberkonsulten Dr. Hock aus Darmstadt fand heute an der hiesigen Realschule die mündliche Abschlußprüfung für Lehrlinge der Dürerstraße Hochschulfabrik statt. Alle drei Prüflinge erwarben die Reife für Ober-Sekunda.

Kreis Schotten.

Herchenhain, 12. Juni. Seit einiger Zeit hält der Tod eine reiche Ernte unter den Männern des Dorfes. Vier Greise und ein Mann von erst fünfzig Jahren sind in kurzer Zeit gestorben. Letzterer wurde ein Greis von 70 Jahren seiner letzten Ruhestätte übergeben, und nur wenige Stunden darnach starb schon wieder ein Mann.

Kreis Friedberg.

Friedberg, 12. Juni. Sein 50-jähriges Jubiläum wird der Vorhut- und Kreditverein in diesem Jahre begehen. Das Fest soll im Oktober im Hotel Trapp gefeiert werden. Der Verein ist das größte Selbstinstitut in unserer Stadt.

Friedberg, 14. Juni. Trotz des schlechten Wetters waren an tausend Mitglieder des Sv. Jungmännerbundes für Hessen in unserer Stadt erschienen. Sie feierten das 12. Bundesfest. Am 10. Uhr fand in der Stadtkirche ein Festgottesdienst statt. Die Kirche war bis auf den letzten Platz besetzt. Es waren über 1200 Leute anwesend gewesen. Festprediger war Professor D. Schian-Sieben. Weitere Ansprachen hielten der Vertreter des Oberkonsulten, Superintendent D. Petersen-Darmstadt und des Bundesvorsitzenden Herr Müller-Offenbach, die vereinigten Botschaften des Bundes, der evang. Kirchengemeindeverein und die Chorschule wirkten beim Gottesdienste mit. Am 12. Uhr war der Gottesdienst in Höhe und nun begann in den Familien das Mittagsessen der Vereinsmitglieder. Trotz des unangünstigen Wetters bewachte sich, als der Himmel sich aufhellte, von der Rainer Lokalanlage ein Festzug nach dem Sportplatz Seewiese. Hier begrüßte Bürgermeister Baurat Kohl die Versammlung, ebenso Professor Lampas. Auf dem Festplatz fanden Turnspiele statt. Gegen 5 Uhr ging der Zug in die Burg und dann wegen des Regens in die Stadtkirche, wo Direktor D. Scholl und der stellvertretende Vorsitzende Herr v. der Aue Ansprachen hielten.

Bugbad, 12. Juni. Gemeinderatsitzung. Anwesend: Groß, Bürgermeister Hach, die beiden Beigeordneten und sämtliche Gemeinderatsmitglieder mit Ausnahme des Dr. Bogt. Die zuerst festgesetzten Ortslöhne für gewöhnliche Lagerarbeiter sollen beibehalten werden, da sie gegenwärtig einer Herabsetzung nicht bedürfen. — Der Wirtschaftsrat über den Stadtwald und denjenigen über den Hofstallwald für das Jahr 1915 wurden der Finanzkommission zur Prüfung übergeben. — Bei Beratung des Vorschlags der Groß-Realschule für 1915 stellte Oberbeimer folgenden Antrag: Der Gemeinderat wolle aus seiner Mitte eine Kommission von drei Mitgliedern, die die Verhältnisse der Groß-Realschule zu prüfen und festzustellen hat, ob es nicht möglich sei, die Ausgaben herabzusetzen, und auf welche Weise es zu ermöglichen sei, die Schülerzahl zu erhöhen. Die Kommission hat spätestens bis zum 1. September dem Gemeinderat hierüber Bericht zu erstatten. Dem Antrage wurde zugestimmt. Auf Vorschlag des Oberbeimer wurden als Kommissionsmitglieder erwählt: Heub, Regger und Ohnader. — Die Eingabe der Groß-Konsumverwaltungsbehörde über den Anschluß der Kaserne und des Unteroffizierswohngebäudes an die elektrische Lichtleitung wurde der technischen Kommission zur weiteren Verhandlung überwiesen. — Die Baukommission hält den Kauf eines Geländestückens zur Verbreiterung der St. Wendel-Straße vom Wintersden Grundstücke noch nicht für nötig und schlägt vor, die Angelegenheit vorläufig für erledigt zu erklären. Ohnader regt an, da es Sache der Feldbereinigung sei, die Verbreiterung der Straße anzuführen, nochmals einen diesbezüglichen Antrag bei der Feldbereinigungskommission zu stellen und im Absehungsfalle im Beschwerdewege bei Groß-Kreisamt Friedberg und Groß-Kreisamt eine Entscheidung herbeizuführen. Den Anträgen der Baukommission und des Mitgliedes Ohnader wurde zugestimmt. Die Verstellung des Trottoirs in der St. Wendel-Straße soll erst erfolgen, wenn alle anliegende Grundbesitzer hierzu ihre Zustimmung erteilt haben. Die Flußterung eines 1 Meter breiten Fußsteiges auf der rechten Seite der Straße wurde abgelehnt. Regger beantragt, den an den Häusern herübergehenden Fußsteig mit Schladen zu überdecken. Beigeordneter Heub empfiehlt eine Überlegung der Straße in der Mitte der Hofbahn. Bürgermeister Hach wird ermächtigt, den Fußsteig mit Schladen oder Kiehl überdecken zu lassen. Die Baukommission schlägt vor, zur Verbreiterung der Hochwasser Straße bei dem Knappeschen Wohnhaus einen Geländestreifen von 4 bis 5 Meter vom Grundstück des Christoph Heub IV. dahier anzukaufen und den Gartenraum zu verlegen. Auf Antrag Löcher wird der Vorschlag abgelehnt, beim die Angelegenheit zurückgestellt. Die Baukommission schlägt vor, den Graben an der Weidgasse vor der Verbreiterung des Trottoirs anfallen zu lassen und an den Stellen, wo es nötig erscheint, durch das Trottoir Abflüsse zu legen. Heub beantragt vor Beischlußfassung eine Ortsbesichtigung. Dem Antrage wurde zugestimmt. Der Termin wurde auf Donnerstag, den 18. Juni, nachmittags 6 Uhr, festgesetzt. — Dem Gastwirt Leon Steinbacher VI. dahier wurde die Aufforderung eines Armenrichters gegen Bezahlung einer jährlichen Anerkennungsgeld von 5 Mark gestattet. — Heub berichtet in ausführlicher Weise über den Antrag der technischen Kommission, betreffend Verbot der Verwendung 5-ferziger Realschulampfen. Er habe festgestellt, daß bei Verwendung derartiger Lampen der Elektrizitätsmeter einen Stromverbrauch nicht anzeige und dadurch das Werk geschädigt würde. Die Ueberlandzentrale habe in ihren Bestimmungen ein Verbot über Verwendung solcher Lampen vorgesehen. Er empfiehlt einen diesbezüglichen Nachtrag auch in unterem Statut genehmigen zu lassen und verliest den Entwurf desselben, der lautet: „Dem Gemeinderat bleibt vorbehalten, über die Zulassung der Art von Beleuchtungs-, Heizungs- und Motoranlagen, sowie über die zur Verwendung kommenden Systeme und Fabrikate von Verbrauchsgegenständen, welche durch die elektrische Kraft des Werks betätigt werden sollen, zu entscheiden und erforderlichenfalls deren Verwendung zu verbieten.“ Dieser Antrag fand einstimmige Zustimmung. Heub beantragt weiter, das Nachstehende zu veröffentlichen: Zu Heizungs- und Kochzwecken kann auf Antrag der Kraftwerks in Anfall gebracht werden, wenn für die Sommermonate, von April bis einschließlich September, monatlich durchschnittlich 10 Kilowattstunden verbraucht werden und einwandfrei feststeht, daß zum Schaden des Werkes kein Mißbrauch mit der elektrischen Kraft getrieben wird. Auch dieser Antrag wurde ein-

stimmig genehmigt, ebenso der Antrag Regger, durch den Konsulten feststellen zu lassen, in welchem Umfange derartige Lampen zurzeit in Gebrauch sind. — Bei der stattgehabten Wahl der Mitglieder zur Veranlagungskommission für die Einkommenssteuer 2. Abteilung wurden gewählt: Wilhelm Braubach, Johann Jakob Schmidt, Philipp Groß, Ludwig Kirchbach, Georg Hach, als Erststimmen; Christoph Heubler, Karl Heil und Beigeordneter Heil. — Wegen der Heranziehung eines Nebenbeitrags für die Verstellung des Fußsteiges in der Orsdorfer Straße wurde vom dem Reichsverband der katholischen Kirchengemeinde Einbruch erhoben, da das Trottoir wenig Interesse für sie habe. Der Vorstand bittet um Uebernahme der Kosten im Betrag von 400 Mark auf die Stadtkasse. Auf Antrag des Beigeordneten Hadermann wird der Betrag auf 300 Mark ermäßigt. — Der Groß-Jellenstrassen-Anhalt Bugbad soll muergetzt werden, daß zur vertraglichen Verbesserung und Verbreiterung der Gleiberger Straße die Mittel im nächsten Voranschlag vorgesehen werden sollen. Die Ausführung der Arbeiten sei jetzt nicht möglich, da hierfür in diesem Jahre keine Mittel im Voranschlag vorgesehen seien. — Die Anschaffung von 2 Hydrantenhydranten für die freiwillige Feuerwehr wurde genehmigt. — Dem evangelischen Kirchengemeindeverein dahier wird zur Abhaltung eines Festes am 28. Juni 1914 die Stadtkasse zur Verfügung gestellt. — Das Geis des Geometers Sauer um Bewilligung eines Beitrages für Anfertigung einer Uebersichtskarte wurde der Baukommission zur Prüfung überwiesen. — Dem Antrag Regger, den Fußsteig an der Römerröhre mit Schladen zu überdecken, wurde zugestimmt. — Am Wismarsbain soll eine Schutzhütte hergerichtet werden.

Starckenburg und Rheinhausen.

d. Mainz, 12. Juni. Der 30-jährige Schulverwalter B. W. aus Frankfurt a. M., der seit 1907 an der Volksschule in Mainz-Rombach angestellt ist, verging sich seit 1908 in dreizehn Fällen an Schülern. Das Gericht verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis.

Worms, 13. Juni. Zu dem Morde in Dossheim wird gemeldet, daß der mutmaßliche Mörder Florich in seinem Heimatsdorf Monzenheim festgenommen worden ist. Er gibt zu, bei dem Bäckermeister Bach in Diensten gestanden zu haben, leugnet jedoch die Tat. Florich wurde in das Amtsgerichtsgefängnis nach Weidensheim gebracht.

Kreis Wehlar.

Erda, 12. Juni. Am 15. Juni wird hier eine Postagentur errichtet. Die Agentur wird dem jetzigen Inhaber der Postfiliale Jakob übertragen.

Offen-Rassau.

h. Frankfurt a. M., 14. Juni. Frankfurt kann den Ruf für sich in Anspruch nehmen, die reichste Stadt Deutschlands zu sein. Nach den endgültig erfolgten Feststellungen für den Wehrbeitrag hat es 38 096 000 Mark zu leisten. Damit bringt die Stadt allein rund den 25. Teil des gesamten Wehrbeitrags auf.

Landwirtschaft.

Die Bienenzucht verpricht in diesem Jahre einen wenig lohnenden Ertrag. Wenn auch die Bienen sich im Frühjahr rechtzeitig entwickelt hatten, und die Blüten der Johannis- und der Stachelbeeren sowie der Obstkulturen den Insekten reichlich Nahrung boten, so konnten sie diese wegen der nachfolgenden Witterung doch nicht eintragen. Viele der eifrigen Tierchen fanden im Sturm und Regen ihren Tod. Da die Haupttracht mit der Heurnte aufhört, so verbleibt nur noch wenig Zeit zur Arbeit. Auf gefüllte Honigtöpfe ist nicht zu rechnen.

Gerichtssaal.

Wibbel, 12. Juni. Wegen Mißhandlung waren die Eheleute H. von Nieder-Erlenbach angeklagt. Das chemische Untersuchungsamt stellte fest, daß die Milch entrahmt war. Da sie die Milch für Vollmilch verkauft, wurden sie heute vom hiesigen Schöffengericht mit 15 Mark Geldstrafe bestraft.

Sport.

Allgemeines Tennis-Tournier Sieben 1914. Auf den Wägen an der Hardt land gestern ein allgem. Tournier statt, das sportlich einen sehr interessanten Verlauf nahm. Von bekannten Spielern beteiligten sich u. a. Schmitzen-München, Lohner-Frankfurter Lawn Tennis-Club 1914, Speth-Bugbacher Tennis-Club, sowie Engelhardt-Sieben. Schmitzen war der beste Mann auf dem Plage. Er schlug in der Vorrunde des Herren-Einzelspiels ohne Vorgabe den jugendlichen Speth, der hervorragend spielte, 6:4, 6:1. Der beste Siebener Spieler war Engelhardt. Selbst ein erfahrener Tournierspieler wie Lohner, bei dem man allerdings gleiches Training vermisse, konnte Engelhardt in der Vorrunde des H. G. o. B. nur knapp 6:2, 8:6 schlagen. In der Schlussrunde des Herren-Einzelspiels trafen sich Jonach Schmitzen-Lohner, das Schmitzen sicher gewann. Die Ergebnisse sind: Herren-Einzelspiel ohne Vorgabe (16 Nennungen): 1. Preis Schmitzen, 2. Preis Lohner, 3. Preis Speth und Engelhardt; Herren-Einzelspiel mit Vorgabe: 1. Preis Speth (-15%), 2. Preis Engelhardt (-1/2), 3. Preis Dieh (+15) und Haub (+15). — Am Sonntag, 21. Juni, findet ein Damen-Einzelspiel o. B., ein Damen-Doppelspiel o. B. und ein Herren-Doppelspiel o. B. statt.

29. Mainzer Regatta. Am Samstag, den 20. und Sonntag, den 21. d. Mts. findet die große internationale Regatta des Mainzer Rudervereins auf der bekannten Strecke Weisenauer Jementalschliff-Gisenbachbrücke statt. Die Meldungen zu diesem beliebten Sportfeste sind ganz hervorragend ausgefallen. 24 Vereine aus Bingen, Bonn, Koblenz, Köln, Düsseldorf, Frankfurt (3), Sieben, Griesheim, Kassel, Mainz (2), Rannheim (3), Offenbach, Oppenheim, Schweinfurt, Ulm, Wiesbaden, Worms (2) und Jülich werden sich im Steifischen geben. Durch das Erscheinen der berühmten Europameisterschaftsmannschaft, der Züricher Großhopper, ist die Internationalität der Regatta gewahrt und da sie in den Hauptrennen mit der deutschen Meisterstaffelmannschaft des Mainzer Rudervereins, die auf den bisherigen Regatten in Frankfurt und Berlin alle ihre Gegner spielend abgefertigt hat, zusammentrifft, so sind hochinteressante, spannende Rennen zu erwarten.

Luftschiffahrt.

Z I verunglückt.

Diedenhofen, 13. Juni. Der Militär-Luftkreuzer Z I ist heute mittag kurz vor 12 Uhr auf der Fahrt von Köln nach Reg bei Diedenhofen gelegentlich einer Landung verunglückt. Das Luftschiff, das durch den Regen ohnehin stark beschwert war, wurde durch eine leuchtende Bö zu Boden gedrückt und knickte zwischen der hinteren Gondel und dem Steuer rechtwinklig durch. Wie die „Lothr. Nachr.“ melden, muß das Luftschiff ganz abmontiert werden. Hauptmann Klein Schmidt wurde leicht verletzt, ebenso ein Oberleutnant am Ropfe. Nur mit Mühe gelang es zu verhindern, daß das Luftschiff in die nahe Wosel geriet.

Ueber den Unfall wird weiter berichtet, daß das Luftschiff auf der großen Wiese südlich von Diedenhofen zwischen dem großen Woselbogen und der in die Wosel einmündenden Fentich liegt. Der hintere Teil des Luftschiffes ist zwischen zwei Bäumen eingeklemmt, zwischen denen das Luftschiff in dem Augenblick des Unfalles gerade hindurchfuhr und die es festhielten, als es von der plötzlich auftretenden Böe erfaßt und nach rechts getrieben wurde, so daß es im letzten Drittel umknickte. Zwei Kompanien des 135. Infanterie-Regiments haben den Platz in weitem Bogen abgeräumt und sind bei den Bergungsarbeiten behilflich. Hauptmann Klein Schmidt, der Führer des Luftschiffes, hat, wie verlautet, einigen Berichtshaftern folgende Darstellung gegeben: Nachdem eine militärische Übung, zu der der „Z I“ frühmorgens in Köln aufgestiegen war, beendet war, geriet das Luftschiff auf dem Heimweg in schwere Gewitterböen, deren starke Luftströmungen das Luftschiff, dessen Stoffhülle sich voll-

Nachdem voll Wasser gelassen hatte und auf dessen Decke sich ziemlich viel Schnee befand, zu Boden gedrückt haben. Die Beschädigungen seien nicht erheblich und wieder zu reparieren; doch müsse das Luftschiff aus dem Wasser gehoben werden. Auf der Fahrt nach Schrammen, die einige Offiziere und Mannschaften erlitten hätten, seien keine Verletzungen vorgekommen. Die Berichte der Augenzeugen bestätigten vor allen Dingen die Stärke des Unwetters, die das Landbrieren des Schiffes erschwerte. Vermutlich habe der Führer die Klänge des Schiffes erreichen wollen, sei aber, um nicht Gefahr zu laufen, ins Wasser zu geraten, schon bei Niedrigwasser niedergegangen, wobei das Schiff dann abgetrieben beziehungsweise durch die vertikale Höhe zu Boden gerissen wurde, wodurch die beiden Bäume geriet und durch eine andere Höhe nach rechts umgestrichen wurde.

Nach einer anderen Darstellung soll die Hülle des Luftschiffes durch die Reite eines Baumes, den der Luftkranz streifte, aufgerissen sein und die Gondeln sowie die Luftbrücke sollen arg verbeult worden sein, als das zu Boden gedrückte Luftschiff über den festigen Boden schlichte. Schwere Verletzungen, so erzählen die Augenzeugen, seien nicht vorgekommen. Hauptmann Kleinmühl sei leicht verletzt worden, ein Oberleutnant etwas erheblicher am Kopf. Der Offizier sei zunächst im Automobil ins Döberholener Lazarett gebracht worden, habe aber bald selbständig die Rückreise nach Köln auf der Bahn antreten können. Die Besatzung des Luftschiffes, welche aus drei Offizieren und neun Soldaten bestand, hätte sich durch Abspringen gerettet, wobei ein Soldat ein Bein gebrochen habe.

Kriegsmächte Ballon-Verfolgung in Mainz am 13. Juni

Die allgemeine Kriegslage lautet dahin, daß die blaue Fesselung Mainz von Not befreit wird, und da ihre Traktverbindungen abgeschnitten sind, auch die Funken-Station zerstört ist, beschließt der Gouverneur, daß eine Anzahl Freiballone gleichzeitig aufsteigen sollen, um ihn über die Lage und Absicht des Feindes zu unterrichten. Die Uebung, die in Gegenwart des Gouverneurs, General der Infanterie von Kalben, des Stadtkommandanten Generalmajor von Raville, des Provinzialdirektors Behr, des Oberbürgermeisters Dr. Göttelmann und der Beigeordneten der Stadt Mainz stattfand, litt sehr unter den Unbilden der Witterung. Ein heftiges Gewitter war kurz vor 1 Uhr über der Stadt niedergegangen und verzögerte den Aufstieg der Ballone, der erst kurz vor 4 Uhr vom Startplatz, der Angelfeimer Aue, aus Rattfanden konnte. Als erster trat der Ballon „König“ seine Luftreise an, dem in kurzen Abständen die Ballone „Mainz-Biesbaden“, „Justitia“, „Herzog Ernst“, „Deisen“, „Continental“, „Frankfurt“, „Freiburg“ und „Wille“ folgten. Die grüne Fabel des Heppelinschiffes „B. 7“, zuerst in Frankfurt a. M. stationiert, fiel der unruhigen Wetterlage wegen aus. Die Ballone trieben sämtlich nach Südwesten ab, und war ihre Verfolgung durch Motorboote und eine große Anzahl Kraftwagen bei dem unruhigen Wetter umso mehr erschwert, als sie bei starkem Wind sehr rasch davonfuhren und in den Wäldern verschwanden. Kurz nach dem Abflug der Ballone nahe von Darmstadt das Mißgeschick der Offiziersflieger, im ganzen acht Doppelflüger in Abteilungen von je zwei Flugzeugen, und nahm, nachdem es mehrere Rundflüge über dem Startplatz unternommen hatte, die Verfolgung der Freiballone auf. Die Ergebnisse derselben sind bis jetzt noch nicht vollständig bekannt, was auf den verspäteten Start und die erheblichen Entfernungen, die die Ballone und Fahr- und Flugzeuge zurücklegten, zurückzuführen ist. Die Uebung bot einen einzigen, prächtigen Anblick, und ist es mir zu bedauern, daß sie durch das schlechte Wetter ungünstig beeinflusst wurde.

Universitäts-Nachrichten.

— Professor Dr. Willy Bogodinski ist zum ordentlichen Professor für Volkswirtschaftslehre und Genossenschaftswesen an der Landwirtschaftlichen Akademie zu Bonn-Poppelsdorf ernannt worden.

Rhein-Mainischer Verband für Volksbildung.

h. Frankfurt a. M., 14. Juni.
Zum erstenmal trat heute der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in seinem neuen Heim der Alten Börse, zu einer Hauptversammlung zusammen. Sie wurde vom Vorsitzenden, Max Räder (Höchst a. M.), mit einem Rückblick auf die jetzt schwebende Tätigkeit des Verbandes und seines verdienten Leiters Georg Volk eingeleitet. Max Räder (Höchst a. M.) sprach sodann über „Die Volksbildungsarbeit auf dem Rheinlande“, zu deren Vertiefung und Ausbau er eine Reihe von praktisch erprobten Vorschlägen und neuen Anregungen gab. In der sich anschließenden geschäftlichen Sitzung kam nun der tiefe seit mehreren Jahren unter den leitenden Personen der Geschäftsstelle zu Frankfurt obwaltende Konflikt zum offenen Ausbruch. Gegen die erste Assistentin, Frau Dr. Epstein, werden in steigendem Maße, namentlich von den Vereinen in Nassau, Baden und Hessen, Beschwerden erhoben, daß sie den Vereinen gegenüber nicht mit dem nötigen Takt verfähre und daß sie vor allem danach strebe, den Gründer und Leiter des Verbandes, Herrn Georg Volk, zu verdrängen und sich selbst an seine Stelle zu setzen. Schließlich fand folgende bemerkenswerte Vertrauens- und Gebührende Erklärung statt:
Die Mitgliederversammlung erklärt, daß sie alle Versuche mißbilligt, dem bewährten leitenden Geschäftsführer die alleinige Leitung der Geschäftsstelle zu nehmen und über einen gleichberechtigten zweiten Geschäftsführer (Frau Dr. Epstein, D. B.) an die Seite zu stellen. Sie sieht in Georg Volk den gemalten Volksbildner, den eigentlichen Schöpfer des Verbandes und betrachtet die beabsichtigte Einschränkung seiner Befugnisse als eine unerbittliche Kränkung für ihn. Sie glaubt, daß derjenige Teil der Geschäftsführung, der von Herrn Volk neben seiner Autonomie nicht versehen werden kann, auch von einer untergeordneten und ihm verantwortlichen Person versehen werden kann.
Nach einer Pause wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Diese erzielten nunmehr eine überraschende Wendung dadurch, daß Frau Dr. Epstein und ihre Gatte durch den Vorstand ihren Austritt aus dem Vorstand und der Geschäftsleitung erklären ließen. Ebenso trat die Assistentin Müller aus

der Geschäftsstelle zurück. Dem Vorsitzenden, Max Räder, wurde der Dank für die unparteiische Geschäftsleitung in besonderer Weise ausgesprochen.

In den Vorstand wurden nun einstimmig gewählt: Dr. Räder (Höchst), Prof. Stein (Frankfurt), Stadtrat Fleck (Frankfurt), Heller (Darmstadt), Rechtsanwalt Sturm (Höchst), Sanitätsrat Eschle (Einsiedeln), Lehrer Wehr (Höchst), Dr. Wagner (Offenbach), Dr. R. Kahn (Frankfurt). — Der Voranschlag für 1914/15 beträgt mit 33 700 Mk. (im Vorjahr 57 128 Mk.) Einnahmen und Ausgaben ab, der des Voranschlags mit 34 000 Mk. (37 536 Mk.). Der Festbeitrag für 1913/14 beträgt im Verbandsverhältnis 7383 Mk., beim Theater 5606 Mk.

Mit dem Austritt von Frau Epstein scheint die schwere Krise, die den Verband zu sprengen drohte, überwunden zu sein.

Die Regierungszeiten der Herrscher von Mecklenburg-Strelitz.

Die Dauer der Regierung des jetzt verstorbenen Großherzogs Adolf Friedrich, die gerade ein Dutzend umfaßt — er gelangte am 30. Mai 1904 auf den Thron —, ist gegenüber denen seiner Vorgänger eine ungewöhnlich kurze. Nur einer von ihnen regierte noch kürzere Zeit, seitdem die mecklenburgischen Lande (1701) geteilt wurden. Es war der erste Herzog, der nach der Teilung in Mecklenburg-Strelitz zur Regierung kam, also der erste Herzog dieses Landes Adolf Friedrich II., der von 1701 bis 1708 den Herzogthron inne hatte. Sein Nachfolger dagegen konnte sich einer langjährigen Regierung freuen. Es ist Adolf Friedrich III. (1708 bis 1752). Er legte im Jahre 1726 den Ort Neustrelitz an, indem er an Stelle des alten Jagdschlösses Oliva ein großes Schloß erbauen ließ, um dort im Jahre 1731 Wohnung zu nehmen, und erhob zwei Jahre später Neustrelitz zur Stadt. Der vorerwähnte Landesfürst legte besonderen Wert darauf, daß die Stadt seinen Feuergefahren ausgesetzt sei. Auch sein Neffe und Nachfolger Adolf Friedrich IV. (1752 bis 1794), der eine lange gelebte Regierungszeit hatte, hatte vor den Himmelsgefahren große Furcht. Sein Neuter schilbert seine Gewitterangst in „Dörläutung“ sehr dröckig, und noch heute kann man im Neubrandenburger Schloß den Maschfenen sehen, in den sich Dörläutung beim Regen von Gewitterwolken zurückzog. Von kürzerer Regierungsdauer dagegen war die Herrschaft des Herzogs Karl, der immerhin aber 22 Jahre über Mecklenburg-Strelitz regierte (1794 bis 1815). Er war der Vater der Königin Luise, der, nachdem er, der Gewalt Napoleons weichen, dem Rheinbund hatte beitreten müssen, sich 1813 aber seinem Schwiegervater anschloß. Auf dem Paradenplatz in Neustrelitz ist ihm ein Denkmal errichtet. Er war der Fürst, der ein Jahr vor seinem Tode Mecklenburg-Strelitz zum Großherzogtum machte. Sein Nachfolger Großherzog Georg (1816 bis 1860) ist der durch seine künstlerischen Neigungen bekannte Fürst, der in freundschaftlichen Beziehungen zu den Sängern Henriette Sonntag und Wilhelmine Schröder-Devrient stand. Auf dem Sarge der Erstgenannten im Kloster Marienfeld in Sachsen ruht ein solbärer goldener Leichenstein, der von diesem Fürsten gewidmet ist. Er war ein sehr gutmütiger, wohlthätiger Fürst, der die Leibesgenossenschaft aufhob, Gegner der Todesstrafe war und von seinen Landesleuten sehr verehrt wurde. Seiner langjährigen Regierung folgte die des Großherzogs Friedrich Wilhelm (1860 bis 1904), des Vaters und Vorgängers des nun verstorbenen Fürsten.

Börsen-Wochenbericht.

— Frankfurt a. M., 12. Juni.
Obwohl noch immer verschiedene Unklarheiten auf dem Gebiete der Politik und des Wirtschaftslebens vorhanden sind, zeigte die Börse in dieser Woche etwas freundlichere Stimmung, wenn auch der Verkehr ein ganz beschränkter blieb. So lange diese Unklarheiten bestehen, dürfte auch auf eine regere Beteiligung an den Börsengeschäften seitens der Spekulation und des Kapitalistenpublikums nicht zu rechnen sein; man sieht aber jetzt den kommenden Ereignissen doch wieder mit mehr Zuversicht entgegen schon im Hinblick darauf, daß die deutschen Märkte infolge des jahrelangen Reinigungsprozesses gegenwärtig als in unerlich gesund betrachtet werden können. Weder bei der Spekulation noch im Publikum bestehen schwache, spekulative Engagements, während zugleich durch die soliden Bilanzierungsmethoden unserer großen Industriegeellschaften eine gewisse Gewähr gegen jähe Rückschläge der Dividenden in Zeiten schwächeren Geschäftsaufanges gegeben ist. So bieten heute selbst die Werte, die man früher als besonders spekulativ ansah und deren Erträge in vergangenen Jahren wiederholt stark schwankten, bei dem jetzigen niedrigen Kursniveau eine vorteilhafte Verzinsung, worüber sich die Effektenbesitzer auch völlig im Klaren sind. Deutschland verhält gleichseitig auch über die größten Geldmittel und über die niedrigsten Zinssätze in der Welt, wodurch der Schwerpunkt bei den kommenden Anleiheverhandlungen der Balkan- und überseeischen Staaten wieder mehr nach Deutschland gelenkt werden dürfte. Das ist ein bedeutendes Moment, das wohl beachtet sein will, denn die neuen Anleihen, die Frankreich wegen seiner finanziellen Enkrafung nicht mehr in dem erhofften Umfang gewähren kann und die nun wohl eine internationale Lösung finden dürften, werden unserer Industrie neue Arbeit einbringen und auf der Besserung der Industrie beruhen ja zurzeit alle Hoffnungen der Börse. Es geht dies vor allem aus der Zuversicht hervor, mit der die Spekulation die leitenden Montanpapiere kauft. Es heißt, daß die Beschäftigung der großen Werke nicht unbedeutend sei und daß es auch an guten laufenden Spezifikationen nicht fehlt, so daß lange Abfälle von den Werken vermieden werden. Auch die guten Ziffern der Rohreienproduktion für den Monat Mai, die Besserung der belgischen und deutschen Ausfuhrpreise, ein günstiger Situationsbericht von amerikanischen Eisenmarkt, endlich eine Meldung, daß Rußland außer Kohleisen auch Waggon- und Lokomotiven im Ausland bestellen werde, regen wiederholt die Kauflust an. Nachdem in der Vorwoche Laurabütte und auch schon Oberleibschütz Eisenindustrie wesentlich angesogen hatten, übernehmen jetzt letztere die Führung und ihnen schlossen sich Oberbedarf an; diese beiden Werte stiegen 5 und 7 Proz. Auch für Braunkohlenwerte zeigte sich größeres Interesse auf die Wahrnehmung, daß die Braunkohle immer mehr Verwendung für Industriewecke findet. Die

Sundizierungsverhandlungen in der Montanindustrie stehen naturgemäß weiter im Vordergrund des Interesses, doch ergibt man sich darin, weiter abwarten zu müssen. Neben Montanpapieren erliefen noch Naphta Robel eine Kursbesserung von 14 Proz. im Einflang mit der Erholung, die die Aktien in Paris und Petersburg erliefen. Die gebesserte Disposition der Auslandsmärkte war überhaupt ein wesentliches Moment für die freundlichere Haltung der hiesigen Börse. Von Industriepapieren liegen chemische Werte meist schwächer, namentlich die Aktien, in denen das Bezugsrecht zur Ausübung gelangt, wie Höchstler und Weiler ter Meer. Auf den übrigen Gebieten sind die Kurse wenig verändert. Privatdiskont 2 1/2 %.

Briefkasten der Redaktion.

(Nur ohne Anfragen bleiben unberücksichtigt.)
Die Zeitschrift „Siegel und Zement“ erscheint in Berlin S.-W., Großbeerenstraße 72.

Eingefandt.

(Für Form und Inhalt aller unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Reisfischen, 12. Juni.
Heute nachmittag erfolgte die Besetzung des von der Landwirtschaftskammer für die landwirtschaftliche Ausstellung in Hannover bestimmten Gullens, Bogelberger Kasse. Statt der 3—4 Mann, welche die Notwendigkeit bei solchen Fällen erfordert, kommt kaum eine Stunde vor der Abfahrt der Bullenhalter mit seinem Gullen gemächlich allein. Alle gute Worte, selbst Schläge helfen nichts, der Mann bringt das Tier nicht in den Wagen. Wenn das Bahnpersonal und die dort beschäftigten Personen nicht Hand angelegt hätten, dann wäre die Verladung ohne Unfall nicht abgegangen; kaum hatte der Gulle den Wagen betreten, so löste sich unerklärlicher Weise die Kette vom Klemming und das aufgeregte Tier stand frei da. Die Geistesgegenwart eines Helfers rettete durch Verschieben der Wagentür die gefährliche Situation. Des weiteren machte sich ein Rangel an Helferkräften und Wetter bemerkbar, und statt des einen Mannes, welcher den Transport begleitete, wären deren zwei unbedingt erforderlich. Beigt die Gemeindevertretung für diese Schutzmaßregeln kein Interesse, dann sollte die vorgesetzte Behörde sie an ihre Pflicht erinnern.
Ein Augenzeug.

Verantwortlich für „Aus Stadt und Land“ i. V. R. Neutath.

Müllersche Badeanstalt.

Wallerwärdle der Lahn am 15. Juni 1914.

Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

Zeit	Barometer auf 0° reduziert	Temperatur der Luft	Abolute Feuchtigkeit	Relative Feuchtigkeit	Windrichtung	Windstärke	Wetter
14. 2 ^h	744,5	19,3	13,8	80	W	2	Sonnenchein
14. 5 ^h	745,6	17,0	13,5	93	NE	10	
15. 7 ^h	746,6	16,1	12,6	92	NNE	8	

Höchste Temperatur am 13.—14. Juni 1914 = + 23°.
Niedrigste „ 13.—14. „ 1914 = + 14,9°.
Niederschlag: 5,8 mm.

Ludwig Alter
Hof-Möbelfabrik
Darmstadt
HOFLIEFERANT S. HOHEIT D. GROSSHERZOGS V. HESSEN.
HOFLIEFERANT S. MAJESTÄT D. KAISERS VON RUSSLAND.
Große Sonderausstellung für WOHNUNGSKUNST
Lieferung nach allen Weltteilen. Innerhalb Deutschlands frachtfrei. Höchste Auszeichnungen auf allen besuchten Ausstellungen. — Kataloge gratis und frei.

Eden
18 wurde dies
77 Sieben für
Apotheker Rich. Brandts Schweizerpillen
als Schutzmarke eingetragen. Der Nachahmung wird strengt.
L. & Bern. Apotheker Rich. Brandt, Schaffhausen (Schweiz).

Das Blut ist die Quelle, durch welche unser ganzer Körper aufgebaut wird.
Gesundes Blut prägt sich nicht nur auf den Körper aus, indem demselben angenehmes Aeußere und Reiz verliehen werden, sondern auch auf den Geist, wodurch der Mensch heiter und vergnügt wird.
Weibliche Vollkommenheit ist das Gegenbild von Kraft und Stärke bei Männern. Ohne reiches, gesundes Blut kann eine Frau nicht vollständig Frau sein. Sie verliert den Reiz ihres Geschlechts.
Kein Mensch ob weiblich oder männlich, kann seinen Pflichten vollständig nachkommen, wenn das Blut in ungesundem, mangelhaftem Zustande ist, und in welchem die nötigen Bestandteile fehlen.
Ungesundes Blut und Mangel an Blut sind die Ursachen von geistigen und körperlichen Schwächen, von Nervosität, Kopfschmerzen, bleichem Aussehen, Herzklopfen, Gedächtnisschwäche etc.
Anstatt klarer lebhafter Augen, **rosiger** Wangen, sind die **Augen matt**, die **Gesichtsfarbe fahl**.
Die Organe des Körpers werden ungenügend genährt und sind beständig Krankheiten ausgesetzt.
LECIFERRIN nach Gutachten von Tausenden ist allen andern Mitteln vorzuziehen, um das Blut zu bereichern und zu ersetzen. Schon nach mehrtäglichem Gebrauch wird der Appetit und die Verdauung gehoben, Müdigkeit u. Schwäche schwinden. Die Augen werden klar, die Wangen erhalten ein frisches gesundes Aussehen.
Rekonvaleszenten, welche durch schwere Krankheiten geschwächt wurden, finden in **LECIFERRIN** ein Kräftigungsmittel allerersten Ranges.
Preis Mk. 3.— die Flasche in Apotheken erhältlich. Man verlange ausdrücklich **Leciferrin** und weise jedes andere Präparat zurück. Sicher von:
Universitäts-, Hirsch- und Pelikan-Apotheke in Giessen und Alte Universitäts-Apotheke, Marburg.

